schaftern, jedenfalls aber im gleichen Wortlaut, der Pforte eingehändigt werden. Dadurch soll die Pforte noch einmal darauf hingewiesen werden, daß ihr Vorgehen bei keiner der Mächte auf Billigung rechnen kann. Für gemeinsame Zwangsmaßregeln besteht auch heute noch bei den Kabinetten keine Neigung. Auch die rumänische Regierung hat die Mächte ersucht, für die Achtung der in London vereinbarten Grenzlinie zu sorgen. Das Interesse der rumänischen Regierung ergibt sich, von Erwägungen allgemein-politischer Natur abgesehen, aus dem Umstande, daß der Erfolg der Bukarester Friedensverhandlungen wesentlich davon abhängt, daß Bulgarien auf die Erhaltung Adrianopels in bulgarischem Besitz rechnen kann. Danach vor allem wird sich die Geneigtheit der bulgarischen Regierung zu Zugeständnissen richten.

In den neuesten Meldungen tauchen Gerüchte auf, wonach es zu einer Balkankonferenz kommen soll, auf der die Balkanstaaten das Gleichgewicht auf dem Balkan zu beraten hätten. Andere Meldungen kündigen schon jetzt einen dritten Balkankrieg an, der nach dem Bukarester Frieden wieder gegen die Türkei losbrechen werde.

•

Kein selbständiges Vorgehen Rußlands.

Petersburg, 28. Juli. Es kann tatsächlich als völlig feststehend gelten, daß Rußland keinerlei selbständige Schritte gegen die Türkei unternimmt. Es liegen darüber ganz bestimmte Direktiven des Zaren für die russische Regierung vor. In offiziellen Kreisen Petersburgs erregt das Vorgehen Griechenlands ein gewisses Erstaunen, da Griechenland die Hauptschuld daran treffe, daß die Feindseligkeiten nicht bereits eingestellt sind. Serbien verstecke sich unter der Angabe, daß es nicht getrennt von seinen Verbündeten Verfügungen treffen könne, hinter Griechenland.

•

Die Mächte noch nicht schlüssig.

Paris, 28. Juli. Aus hier vorliegenden Konstantinopeler Meldungen geht hervor, daß die dortigen Vertreter der Großmächte über einen Kollektivschritt bei der Pforte noch nicht schlüssig geworden sind. Vorläufig bemühen sich die diplomatischen Vertreter einzeln, der türkischen Regierung die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Londoner Vertrages vor Augen zu führen. Tringlich scheint die Erklärung des britischen Geschäftsträgers gewesen zu sein. Im Auftrage des britischen Auswärtigen Amtes machte er dem Großwesir folgende Mitteilung: „Die britische Regierung setzte die Pforte vor einiger Zeit in Kenntnis, daß sie geneigt wäre, der Türkei eine rückhaltlose moralische und materielle Unterstützung angedeihen zu lassen und auf diese Weise die Sicherung der asiatischen Besitzungen der Türkei zu bewirken. Angesichts der Haltung der türkischen Regierung und der Besetzung Adrianopels fühlt sich das englische Kabinett veranlaßt, der Pforte mitzuteilen, daß es sich genötigt sehe, ihr diese Unterstützung zu entziehen und das türkische Reich den ernsten Gefahren einer Politik zu überlassen, in die sich das gegenwärtige Kabinett hineingestürzt hat."

•

Keine griechisch-türkische Entente.

Athen, 28. Juli. Offiziell werden nochmals alle Gerüchte von einem angeblichen Abschluß einer Entente zwischen Griechenland und der Türkei kategorisch dementiert und erklärt, daß das gegenteilige Verhältnis der beiden Staaten noch nicht normal sei, da die diplomatischen Beziehungen nicht wieder aufgenommen und auch verschiedene Fragen noch nicht geregelt sind.

•

Sofia, 28. Juli. Griechenland und im Anschluß auch Serbien lehnten es ab, einen Waffenstillstand vor dem Präliminarfrieden zu unterzeichnen. Griechenland besteht darauf, Bulgarien den Frieden zu diktieren. Die Bukarester Verhandlungen dürften sich trotz der übertriebenen Bedingungen der Erwerbsunfähigen ziemlich schnell abwickeln.

•

Fortdauer der Kämpfe.

Sofia, 28. Juli. Infolge neuer Angriffe der Gegner auf dem Balkan wütet der Kampf seit zwei Tagen auf der ganzen Linie. Bei Wlasina wurden die Serben von der den Weg nach Wranja beherrschenden Höhenstellung Bukowa Glawa vertrieben. Ueber die Kämpfe mit den Griechen im nordöstlichen Mazedonien liegen noch keine näheren Nachrichten vor.

•

Nikita meldet seine Ansprüche an.

Wien, 28. Juli. Montenegro verlangt von Serbien für seine Hilfeleistung im Kriege die Abtretung der Stadt Dschakowa. Serbien soll nicht geneigt sein, diese Forderung zu erfüllen. Die internationale Kommission in Skutari richtete eine berittene Gendarmerie ein, die zumeist aus Malissoren besteht. An alle bulgarischen Truppenkommandanten erging der Befehl, die serbischen und griechischen Angriffe nicht mit Gegenangriffen zu beantworten, sondern sich defensiv zu verhalten.

•

Einschleppung der Cholera nach Ungarn.

Budapest, 28. Juli. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern hat die bakteriologische Untersuchung der choleraverdächtigen Fälle in Temessziget bisher ergeben, daß es sich in einem Falle um cholera asiatica handle. Infolgedessen wurden die Vorschriften für den Schiffsverkehr an den Hauptpunkten der Grenzstationen, die gleich beim ersten Auftauchen der Cholerogefahr erlassen worden waren, noch erheblich verschärft.

Deutsches Reich.

Die Folter.

Die Tage kommen und gehen und die beiden mit Stecknadel zusammen zum Tode verurteilten jugendlichen Verbrecher sitzen noch immer im Gerichtsgefängnis zu Frankfurt a. d. O., ungewiß, ob sie morgen zum Tode geführt werden oder ob man ihnen die Begnadigung bringen wird. Ein erschütterndes Bild von diesem Zustand entwirft der bekannte Schriftsteller Hans Hyan im Berliner Tageblatt. Während der zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte Willi Kersten in Kottbus seine Strafe abbüßt, wartet sein älterer Bruder Georg im Frankfurter Gerichtsgefängnis beim Tütenkleben in seiner Zelle auf den im Verborgenen heranschleichenden Tod.

Nach der Verurteilung zum Tode, die er nicht verdient zu haben behauptet, denn er leugnet entschieden jede tätliche Beteiligung an der Tat — nach dem Urteil brach er zusammen. Aber dann griff er in diesem schauerlichen Meer von Verzweiflung und Angst nach der Planke der Revision. Diese wurde abgelehnt. Der Verurteilte versank von neuem in finsteres Grauen. Den Behörden ist er, der da in einem schleichenden Fieber langsam verbrennt, eine Akte, die schon erledigt werden wird, zu ihrer Zeit. Und die Mutter, eine arme Wäscherin, fühlt des Nachts, wenn kein Schlaf ihre ermatteten Glieder stärkt, die Angst, die Furcht, das Entsetzen ihres Sohnes zu sich herüberjagen.

Sie war, wie sie erzählte, mit seiner Schwester bei ihm. Er stand und stand und schüttelte nur den Kopf. Auf ihre angstvollen Fragen, die immer wieder um das gräßliche Blutmal in Ortwig kreisen, findet der Gequälte keine Antwort. „Ich weiß nicht, Mutter!" Das ist alles. Dabei arbeitet er fleißig. Alle sind zufrieden mit ihm, und die Wärter, die ihn Georg nennen, erleichtern ihm, soviel sie können, sein Dasein ... Aber, ist er denn eigentlich noch da? — Die alte Frau meint: „Nein!" Er begreift nicht mehr? Er steht mit seinen entzündeten Augen, aus denen immer neue Tränen stürzen, die Dinge nicht mehr wie sie sind, er begreift auch ihren Zusammenhang nicht mehr ... Diese wirren und von roten Phantasien zerrissenen Halbträume, die bei ihm den Schlaf bedeuten, haben seinen Verstand zermürbt. Seine Verzweiflung irrt zwischen dem Tode und lebenslänglichem Zuchthaus hin und her und findet keine Ruhe. In jeder Sekunde kann ein Mensch zehnmal denken: „Mein Gott, ich muß sterben!" Und dieser hier, mit dem Gesicht eines, der schon tot ist, denkt nichts anderes mehr.

Manchmal denkt er vielleicht auch an den anderen, der nicht weit von ihm, in anderer Zelle, ebenso auf den Henker wartet und der, wie ich hörte, sich mit einer harten Gleichgültigkeit gegen die Vernichtung wehrt. Aber vor der letzten Not weicht der Gedanke an Freundschaft rasch ... Auch das Essen, das die fürchterliche Eintönigkeit unterbricht, schmeckt dem Wartenden nicht mehr ... Denn er wartet, wartet in jedem Augenblick ... Der kleine Spion am Guckfenster klappt und dem in der Zelle bricht der Angstschweiß aus den Poren — es war nur der Aufseher, der nach ihm sah ... Schritte ertönen auf dem Gange — jetzt kommen sie, die dich holen! — Nein, der Kalfaktor geht vorbei ... Da gibt es kein Ausruhen und kein Aufhören mehr, eine rastlose, unsäglich mühevolle, jeden Nerv zerreibende Anstrengung frißt ihn auf und läßt am Ende für die blutige Zeremonie der Hinrichtung nur ein geschundenes Etwas übrig, das kein Mensch mehr ist.

Sollte man nicht meinen, daß die öffentliche Meinung ohne Parteiunterschied sich gegen diese grausame Marter, die die Behörde zwei Menschen antut, aufbäumen müßte? — Nein, von den sozialdemokratischen und ein paar radikal-liberalen Blättern abgesehen, schweigt alles. Man findet die Anwendung der Folter ganz in der Ordnung. Aber wir leben im Zeitalter der Humanität!

Zum Krupp-Prozeß.

Die National-Zeitung vom Montag abend berichtet, es sei bisher noch nicht gelungen, den Gerichtshof vollständig zu bilden, d. h., es sei noch nicht möglich gewesen, die drei richterlichen Offiziere zu ernennen. Kriegsgerichtsrat Dr. Welt, der in der Verhandlung die Anklage vertritt, habe auf telegraphische Anfrage eine ganze Anzahl Ablehnungen erhalten, und zwar, dem Vernehmen nach, hauptsächlich deshalb, weil sehr viele Offiziere, die man als Richter für befähigt erachtet, auf den Truppenübungsplätzen sich befinden und dort augenblicklich unabkömmlich seien. Weiter teilt das Blatt mit, daß noch immer ein förmlicher Ansturm nach Eintrittskarten zu der Verhandlung stattfindet. Trotz des sehr beschränkten Raumes seien 25 Eintrittskarten an Pressevertreter ausgegeben worden. Es dürfte Mühe erfordern, diese 25 Mann unterzubringen. Alle weiteren mündlichen und schriftlichen Gesuche hätten daher abgelehnt werden müssen. Selbst bedeutende Telegraphenbureaus und mehrere hervorragende ausländische Berichterstatter, unter diesen der Vertreter des Matin seien abschlägig beschieden worden.

Der Handels- und Industrie-Leutnant.

Gegen die Anregung des Kriegsministers, entlassene Offiziere systematisch in Handel und Industrie unterzubringen, beginnen die Angestelltenverbände sich zu rühren.

Der Verein für Handlungs-Commis von 1858 hat an eine Reihe von Handelskammern eine Eingabe gerichtet, worin hervorgehoben wird, daß durch Anstellung verabschiedeter Offiziere die an sich nicht besonders günstigen Entlohnungsverhältnisse im Handelsgewerbe noch weiter herabgedrückt werden, und daß schon gegenwärtig Ueberfüllung des kaufmännischen Berufs, Ueberangebot brauchbarer und tüchtiger Kräfte in Handel, Gewerbe und Industrie zweifellos vorhanden sei. Ueberdies seien bereits heute in zahlreichen Betrieben pensionierte Beamte tätig. Die Eingabe schließt deshalb mit der Bitte, die berufenen Träger von Gewerbe, Handel und Industrie möchten dem Kriegsminister einen ablehnenden Bescheid erteilen und nach Tunlichkeit dafür Sorge tragen, daß die Handlungsgehilfen, die von der Pike auf gedient haben und schwer um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen und ringen müssen, in erster Linie als Mitarbeiter für Handel, Gewerbe und Industrie herangezogen werden.

Der Verein für Handlungs-Commis von 1858 ist eine der zahmsten Angestelltenorganisationen und wahrscheinlich hat man von ihm wie von den ähnlich gearteten Verbänden erwartet, daß sie mit Begeisterung den Kriegsminister unterstützen würden. Die 58er sind doch so national und überdies muß es für sie eine Ehre sein, neben — und vor allem unter — einem ehemaligen Offizier zu arbeiten.

Die Fleischpreise steigen wieder. Während im Juni auf Grund der vom Statistischen Landesamt Preußens veröffentlichten Uebersicht konstatiert werden konnte, daß im Durchschnitt die Fleischpreise gesunken waren, ist nach der jüngsten Uebersicht wieder ein Steigen zu verzeichnen. In 53 Marktorten Preußens kostete im Durchschnitt das Kilo Rindfleisch im Kleinhandel 180,1 Pf. gegen 179,3 Pf. im Juni und 182,4 Pf. im Juli 1912. Kalbfleisch stellte sich auf 201,3 Pf. gegen 201,1 Pf. im Vormonat und 196,4 Pf. im Vorjahr. Hammelfleisch stieg von 201,8 Pf. im Juni auf 202,9 Pf. und ist jetzt um 13,5 Pf. teurer als im Juli 1912. Auch der Preis des Schweinefleisches zog etwas an, indem er 164,6 Pf. gegen 164,3 Pf. im Juni dieses Jahres und 163,7 Pf. im Juli 1912 betrug. Roßfleisch kostete 91,2 Pf. gegen 91,1 Pf. und 79,5 Pf. im Vormonat und Vorjahr. Schweineschinken im ganzen hatte einen Preis von 270,5 (269,7 und 256,8) Pf. und im Aufschnitt von 378,5 (377,7 und 354,4) Pf. Schweinespeck von 192,1 (192,4 und 184,1) Pf. Nur der Preis für inländisches Schweineschmalz sank von 186,9 auf 186,1 Pf., ausländisches hingegen stieg von 144,3 Pf. im Vormonat auf 144,7 Pf.

Das sind schlimme Aussichten: Steigerung der Lebensmittelpreise und große Arbeitslosigkeit.

Kleine politische Nachrichten. Aus Prag wird gemeldet: Nach Schluß einer Protestversammlung gegen die Einsetzung der Regierungskommission kam es auf dem Wenzelplatz zu stürmischen tschechischen Kundgebungen gegen die Jungtschechen und ihre Führer. — Der italienische Marineminister Leonardo Cattolica, dessen Tätigkeit in letzter Zeit bekanntlich vielfach kritisiert wurde, ist zurückgetreten. — Der Berliner portugiesische Gesandte teilt mit, daß ihm über eine Militärrevolte in Lissabon keinerlei Meldungen zugegangen seien, was unzweifelhaft erfolgt sein müßte, wenn die Nachricht zutreffend wäre. Auch sei es bezeichnend, daß die Alarmmeldung aus Madrid komme, von wo aus derartige Gerüchte schon mehrfach verbreitet wurden, ohne sich zu bestätigen. — Die britischen Flußdampfer in Kanton haben auf Anweisung des Konsuls Befehl erhalten, Dampf aufzumachen, um im Notfalle die Frauen und Kinder in der Vorstadt Shameen, wo die meisten Engländer wohnen, an Bord zu nehmen. Die besseren Klassen der chinesischen Bevölkerung wandern nach Honkong ab.

Ausland.

Frankreich.

Die Lasten der Heeresvorlage.

Paris, 28. Juli. Der Senat beriet heute das aus der Kammer zurückgekommene Budget. Ribot erklärte, die finanzielle Lage würde sich schwierig gestalten, auch ohne die militärischen Lasten, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Anstrengungen Deutschlands zu begegnen. Ribot gab der Ansicht Ausdruck, Deutschland denke zwar nicht an einen Angriff, aber es denke vielleicht, daß seine Lage weniger gut gesichert sei infolge der letzten Ereignisse. Ferner erklärte er, alle müßten die Lasten des Militärgesetzes auf sich nehmen, ohne daß ein Unterschied unter den Steuerpflichtigen gemacht werde. Das Land werde in männlicher Weise die Opfer auf sich nehmen, die man von ihm fordere. (Lebhafter Beifall.) Ministerpräsident Barthou gab die Zusicherung, daß das Budget 1914 klar und ohne Hinterhalt sein werde. Mit Anspielung auf die gegenwärtige Lage sagte er sodann: „Die Ereignisse verstimmen uns auch jetzt noch, die Regierung ist aber zu jeder erforderlichen Initiative bereit, um den Frieden der Welt zu sichern." In Erwiderung auf die durch Ribot ausgesprochene Befürchtung erklärte der Ministerpräsident, man dürfe nicht sagen, daß bestimmte Ausgaben durch bestimmte Steuerzahler gedeckt werden müßten. Wenn aber bestimmte Ausgaben das Defizit vermehren würden, würden die dadurch erforderlich werdenden Steuern auf denjenigen lasten, die auch imstande seien, sie zu tragen. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. — Die Finanzkommission des Senats beschloß, nur den Familien der Eingezogenen Unterstützungsgelder zu bewilligen, während die Kammer auch den Freiwilligen und Kapitulanten diese Wohltat zuteil werden lassen wollte. Die Kommission beschränkte diese Unterstützungen auf 15 Proz. der Mannschaft und setzte die tägliche Entschädigungssumme auf einen Frank für die Frau und 25 Centimes für jedes Kind herab. Die dadurch erzielte Ersparnis beläuft sich auf 69 Millionen Frank.

England.

Auswärtige Sorgen.

London, 28. Juli. Lord Curzon lenkte die Aufmerksamkeit auf die Lage in Persien, wo die britischen Interessen vorherrschend seien. Die Lage der Dinge sei kritisch und sehr verschieden von den Verhältnissen im Norden, wo Leben und Eigentum infolge der Anwesenheit einer übermächtigen russischen Truppenmacht verhältnismäßig sicher seien. England könne nicht ohne Besorgnis einer dauernden militärischen Besetzung des Landes zusehen, dessen Unabhängigkeit stets betont worden sei. Lord Curzon forderte die Regierung auf, die Autorität der persischen Regierung im Bereiche der ganzen neutralen Zone zu unterstützen. England müsse die Politik des Eisenbahnbaues in der neutralen Zone energisch verfolgen und solle Hand in Hand mit Rußland vorgehen. Redner erklärte ferner, das Bagdadbahnprojekt scheine ihm der Billigkeit zu entsprechen und sprach schließlich noch über die Angelegenheiten Tibets. Lord Morley definierte die Politik der Regierung Persien gegenüber wie folgt: Aufrechterhaltung des englisch-russischen Abkommens nach Geist und Buchstaben, Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Persiens und Vermeidung seiner wirtschaftlichen, administrativen oder politischen Teilung. Bezüglich der neutralen Zone erklärte Lord Morley, daß Großbritannien und Rußland in voller Eintracht arbeiteten. Wegen Tibets werde unter den Auspizien Englands eine Konferenz stattfinden. Rußland habe dem Prinzip zugestimmt, daß es kein Recht zum Einspruch in die innere Verwaltung Tibets habe. Die Konferenz würde in ungefähr 3 Wochen in Simla zusammentreten.

Italien.

Das Ende der Revolte.

Die Revolte der päpstlichen Schweizergardisten, der man dank der Saurengurkenzeit viel Aufmerksamkeit schenkte, hat jetzt mit der strafweisen Dienstentlassung der drei Rädelsführer ihr Ende erreicht. Offiziell hat der Vatikan den „Rebellen" eine eiserne Faust gezeigt, tatsächlich haben sie oder alles erreicht, was sie wünschten: der verhaßte Oberst ist auf Urlaub geschickt und das noch verhaßtere Exerzieren ist eingestellt worden. Trotzdem sind die Schweizer mit ihrem Erfolg nicht zufrieden, aber man hat ihnen bedeutet, daß sie am besten täten, freiwillig zu gehen. Bis jetzt haben 12 diesen Entschluß gefaßt, und es heißt, daß alle 48, die das Memorandum unterzeichnet hatten, dem Beispiel folgen werden. Da im ganzen 50 Hellebardiere im Solde des Vatikans stehen, so handelt es sich um eine völlige Erneuerung des Korps, die sich bis zu diesem Herbst vollzogen haben soll. Was die entlassenen Schweizer Garden außerhalb des Vatikans anfangen werden, ist freilich schwer zu sagen: sie sind an Nichtstun und gutes Essen und Trinken gewöhnt. Außerhalb der Leostadt läßt sich auf diese beiden Dinge kaum eine Existenz gründen.

Rußland.

Die Post als Spitzelinstitut.

rb. Nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Muranow anläßlich der Budgetdebatte in der Duma das Spitzelwesen im russischen Post- und Telegraphenressort, die berüchtigten „schwarzen Kabinette" usw., zur Sprache gebracht hat, vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Enthüllungen über die Spitzelwirtschaft auf den russischen Postämtern gemacht werden. So veröffentlichte kürzlich ein anonymer Autor in dem Moskauer Blatte Utro Rossii eine Anzahl von Artikeln, die den dokumentarischen Beweis erbringen, daß das Briefgeheimnis auf den russischen Postämtern auf Befehl der Regierung in schamlosester Weise verletzt wird. Briefe irgendwie verdächtiger Personen werden geöffnet und die Abschriften dieser Briefe an das Polizeidepartement eingesandt. Unter der Leitung der berüchtigten „Ochrana" dient die russische Post als Werkzeug zur Bespitzelung und Verfolgung der Bevölkerung.

Der Direktor des Post- und Telegraphenressorts Sewosthanow leugnet zwar, daß die Post irgendwie an diesen Praktiken beteiligt ist, er gibt aber doch zu, daß man sich wegen aller dieser Dinge an das Polizeidepartement wenden müsse, ein Beweis, daß die Tätigkeit dieses Ressorts für den Generalpostdirektor keinem Zweifel unterliegt. Unter diesen Umständen ist eine allgemeine Demoralisation der russischen Postbeamten kein Wunder. So ist in den letzten Tagen recht viel die Rede gewesen über ein neuentdecktes Panama auf dem Postamt in Kiew, wo einige der höchsten Beamten die Börsentelegramme für ihre Spekulationen an der Börse benutzten und ihre durch Verletzung des Dienstgeheimnisses erlangten Kenntnisse meistbietend verkauften. Neuerdings kommen nun auch Klagen über die russische Spitzelwirtschaft auf den Postämtern des fernen Ostens. Das japanische Blatt Japan Chronicle klagt darüber, daß die russische Zensur sich selbst auf die Briefe und Postsendungen erstreckt, die über Sibirien nach Japan gesandt werden. Das Blatt führt eine Reihe von Beispielen an, wo Briefe nicht nur geöffnet, sondern auch einzelner Teile beraubt wurden. Zeitungen und Zeitschriften, die die russischen Spitzelhände passieren, gelangen verstümmelt an die Adressaten. Die englische und die japanische Post hat bereits mehrfach bei der russischen Regierung Beschwerde erhoben, bisher aber ohne Resultat. Die genannte Zeitung verlangt von den diplomatischen Vertretern Japans und Englands einen energischen Protest gegen die Verletzung der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts, um endlich der Frechheit der russischen Zensur ein Ende zu setzen.

Man vergleiche mit dieser mannhaften Sprache des japanischen Blattes folgende Kundgebung der Deutschen Tageszeitung über einen ähnlichen Gegenstand. Unter der vielversprechenden Ueberschrift: „Eine verständige Maßnahme Rußlands" veröffentlichte das Bündlerblatt am 25. Juli folgende vatikanische Mitteilung:

„Von der Beförderung nach Rußland sind solche Postsendungen ausgeschlossen, die Aufforderungen an russische Einwohner zur Auswanderung aus ihrem Heimatland enthalten oder welche irgendwie der Auswanderung Vorschub leisten oder sie erleichtern, Postsendungen, bei denen die Vermutung (U